

SANKTIONEN

IRAN

„Die politische Eskalation wird Investoren abschrecken“

Interview mit dem deutsch-iranischen Wirtschaftsberater und AHK-Vorstandsmitglied Saeed Roshani

FRANKFURT (NfA)–US-Präsident Donald Trump stürzt die Wirtschaft mit dem Ausstieg aus dem Iran-Abkommen in Ratlosigkeit. Für deutsche Konzerne, die in den Markt einsteigen wollen oder bereits vertreten sind, haben sich die Unsicherheiten drastisch erhöht. Was Firmen nun beachten müssen, erörterte Saeed Roshani im Gespräch mit NfA-Redakteur Marian Pawelka.

NfA: Herr Roshani, der Iran hält laut amerikanischen Geheimdienstangaben die Verpflichtungen des Atom-Deals ein. Warum steigt Trump trotzdem aus?

Roshani: Präsident Trump ist eine, im wahrsten Sinne des Wortes, unberechenbare Person. Niemand kann einen triftigen Grund für die Aufkündigung des Iran-Deals finden. Das ist aber nicht das erste Mal, dass Trump ein internationales Abkommen grundlos und einseitig verletzt. Der Ausstieg aus der UNESCO sowie dem Klimaabkommen, die Verlegung der Amerikanischen Botschaft nach Jerusalem sowie der Ausstieg aus den Verhandlungen von TTIP sind einige Beispiele davon. Er denkt, dass der Iran-Deal eine Katastrophe sei und will mehr Druck auf den Iran ausüben, was im Rahmen des Abkommens nicht möglich war. Trump möchte das Land wegen seiner Rolle in der Region und der ballistischen Raketen unter Druck setzen.

Was bedeutet der Rückzug für deutsche Unternehmen?

Stand heute ist, dass deutsche Firmen mit US-Sanktionen rechnen müssen, wenn sie Irangeschäfte eingehen. Allerdings ist alles abhängig davon, ob Deutschland und die EU einen Investitionsschutz für Investoren anbieten können und ob die Bankenbeziehungen aufrechterhalten werden können. Das alles hängt von den Verhandlungen zwischen dem Iran und EU plus Russland und China ab.

Was kann die Europäische Union in dieser schwierigen Situation tun, um die Unsicherheiten zu reduzieren?

Ich denke, dass die EU insgesamt viel machen kann, viel mehr als die einzelnen Länder der E3 (Deutschland, Frankreich und England), die

den Atomdeal unterzeichnet haben. Die EU kann das Abkommen nicht vollständig retten, versucht aber ihn so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. Aber am Ende muss die EU und E3 entscheiden, ob sie mit der Trump-Administration Klartext reden kann oder will. Die Sanktionen werden deutsche und europäische Firmen beim Geschäft mit dem Iran benachteiligen. Die EU aktualisiert gerade ein Abwehrgesetz gegen Iran-Sanktionen der USA. Das bedeutet, dass die EU alles daran setzt den Deal zu retten und Unsicherheiten zu reduzieren. Ich denke, dass die EU aus dieser Krise eine Chance ziehen und in der Außenpolitik selbstbewusster auftreten kann.

Neben den wirtschaftlichen Problemen birgt der Ausstieg aber auch politische Brisanz im Nahen Osten. Sehen Sie hier ein weiteres Hindernis für Direktinvestitionen?

Natürlich. Stabilität und Sicherheit haben einen direkten Einfluss auf Direktinvestitionen. Die politische sowie militärische Eskalation im Nahen Osten wird Investoren abschrecken.

Gerade die iranischen Hardliner könnten nun wieder Oberwasser bekommen. Droht der Integration des Irans in die Weltgemeinschaft ein jähes Ende?

Die aktuelle iranische Regierung ist moderat und lässt sich nicht provozieren, sondern setzt sich für Dialog und Verhandlung ein. Die Reaktion der iranischen Regierung bestätigt das. Sollte das Nuklearabkommen nicht gerettet werden, fühlen sich die Hardliner bestätigt und werden alles daran setzen, dass diese Integration langsamer oder gar nicht stattfindet. Die Integration des Irans in die Weltgemeinschaft hängt jedoch nicht nur von der ira-

nischen Seite ab, sondern auch von EU, Russland und China. Der Ausstieg hat dafür gesorgt, dass die Hardliner erneut propagieren, dass die USA kein vertrauensvoller Vertragspartner sind. Wenn Hardliner erneut im Iran die politische Bühne betreten und in drei Jahren bei den Präsidentschaftswahlen jemand wie Ahmadinedschad wieder Präsident wird, werden wir noch schlimmere Zeiten erleben müssen.

Die Euphorie deutscher Konzerne war groß. Von der anfänglichen Goldgräberstimmung war allerdings schnell nur noch wenig zu spüren. Warum konnten die Erwartungen nicht erfüllt werden?

Die Antwort ist: die USA. Von Anfang an haben die Vereinigten Staaten verhindert, dass das Nuklearabkommen in seinen vollen Zügen realisiert wird. Komplizierter Geldtransfer, fehlende Finanzierung, Angst vor Sanktionen und die allgemeine Verunsicherung, ob die USA alle 120 Tage die Einhaltung des Atom-Deals bestätigen, sind die Gründe, dass die Euphorie der Firmen kurz nach dem Atom-Deal verblasst war. Aber man muss auch sagen, dass iranische Banken die internationale Regularien nicht einhalten konnten, da das Land vor dem Atom-Deal wenig mit internationalen Banken verbunden war.

Geschäfte mit dem Iran werden für Unternehmen wie Siemens oder Bilfinger ab sofort noch schwieriger. Beginnt nun die Suche nach Alternativen?

Aus iranischer Sicht werden chinesische und russische Firmen investieren, wenn sich europäische Firmen zurückziehen.

Seit dem Deal haben sich die EU-Importe aus dem Iran nahezu verdreifacht, die Exporte in den Iran sind um knapp 70% gestiegen - ausgehend von einem niedrigen Niveau. Rechnen Sie damit, dass mit dem Wiederaufleben der US-Sanktionen die Handelsströme gekappt werden?

Ja. Tatsächlich wird es dann weniger Handel zwischen der EU und dem Iran geben. Das ist aber nicht das Hauptproblem für Europa. Bei dem Abkommen geht es für die EU vorrangig um Sicherheit und um den Dialog mit dem Iran. Der Atom-Deal ist ein Meisterwerk der europäischen Außenpolitik, weswegen die EU versucht ihn beizubehalten. Andersherum bedeutet der Deal für den Iran den Anschluss an die Weltgemeinschaft und den internationalen Handel. Wenn der Deal beibehalten wird, werden weiterhin Handelsbeziehungen zwischen EU-Staaten und dem Iran stattfinden - vielleicht sogar mehr als zuvor, da es weniger Unsicherheiten gibt.

Welche Strafen drohen europäischen Banken und Unternehmen vonseiten der USA, sollte gegen Sanktionen verstoßen werden?

Die Strafen werden durch das US-Finanzministerium beziehungsweise das amerikanische Amt für Kontrolle von Auslandsvermögen festgelegt. Allerdings hat keine Bank in Europa - mit direktem US-Geschäft - nach dem Abkommen für den Iran Finanzierungen abgewickelt. Das heißt, dass es erst einmal keine Strafen für Banken geben wird. Für Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen in den USA, die weiterhin mit dem Iran Geschäfte machen, werden Strafen in Milliardenhöhe erwartet. Große Konzerne, wie Siemens und Total, haben bereits angekündigt, neue Iranprojekte zu unterlassen und bestehende Projekte innerhalb der von den USA gesetzten Frist zu beenden.

Wagen wir einen Blick in die Zukunft. Glauben Sie, dass das Abkommen auch ohne die Vereinigten Staaten eine realistische Zukunftsperspektive besitzt?

Realistisch gesehen gibt es aus heutiger Sicht ohne die USA wenig Hoffnung das Iranabkommen zu retten. Das ist aber eine große Frage, die die hohe Politik beantworten könnte. Die Andeutungen



Unternehmensberater Roshani betreibt je ein Büro in Kassel und in Teheran.

der deutschen Politiker zeigen, dass Deutschland die Investitionen und den Handel gegen US-Sanktionen nicht schützen kann. Vielleicht kann die EU einen Schutzmechanismus für den europäisch-iranischen Handel anbieten. Ohne die USA kann das Abkommen gerettet werden, jedoch nur wenn die EU innerhalb der nächsten Wochen einen guten Anreiz für den Iran anbieten kann und einen Schutzschirm gegen US-Sanktionen vorbereitet. Wenn das sogenannte Abwehrgesetz gegen Iran-Sanktionen der USA wirksam ist, dann kann das Abkommen ohne die USA auch weiter in Kraft bleiben. NfA/25.5.2018

ASIA BRIDGE

Das führende deutschsprachige Asien-Wirtschaftsmagazin

Monatlich Informationen über Märkte und Branchen, Berichte über Aktivitäten von Wettbewerbern und Branchen sowie praktische Tipps und Kontaktadressen

Bestellen Sie Ihr Ansichtsexemplar: Tel.: +49 (0) 69/66 56 32 - 15 oder www.maerkte-weltweit.de

MÄRKTE

	Seite		Seite		Seite
Asien-Pazifik		Iran		Tschechische Republik	
US-Protektionismus bereitet Exporteuren zunehmend Sorge	1	Die politische Eskalation wird Investoren abschrecken	2	Börse Prag startet neuen Markt für KMU	3
China		Italien		Kapsch TrafficCom begrüßt Vergabestopp	3
Lenovo rutscht in die roten Zahlen	1	Neuer Fintech-District in Mailand	5	Ukraine	
Deutschland		Kasachstan		Handelsdefizit weitet sich aus	3
Deutsche Telekom setzt auf Breitbandausbau	8	Neues Skigebiet bei Almaty geplant	3	USA	
Elfenbeinküste		Russland		Uber erzielt Milliardenprofit	1
Westafrikas Kraftwerk	7	Regierung fördert Schlüsselindustrien	3	DIHK kritisiert Ankündigung von Zollerhöhungen als Provokation	1
Europa		Schweiz		Supermarktkette Kroger übernimmt Home Chef	8
Gazprom legt Kartellstreit bei	1	Rusal baut Führungsspitze um	8	Welt	
Brüssel veröffentlicht Vorschläge für Budget ab 2021	5	Raiffeisen Schweiz verkauft Privatbank	1	Wird die Förderbremse gelockert?	1
Ghana				Hochtief-Töchter erhalten Großaufträge	8
Hürden für den Markteintritt	7				

Märkte weltweit
Mehrfachlizenzen

Verbreiten Sie mit unseren attraktiven Mehrfachlizenzen Ihren Fachdienst von Märkte weltweit bequem und legal unternehmensintern weiter!

Rufen Sie uns an: +49 (0) 69/665632 15

www.maerkte-weltweit.de

BRANCHEN/THEMEN

	Seite		Seite
Außenhandel		Infrastruktur	
Asien-Pazifik	1	Tschechische Republik	3
Ukraine	3	Investitionen	
Banken		Ghana	7
Schweiz	1	Kasachstan	3
Bauindustrie		Informationstechnologie	
Welt	8	Deutschland	8
Elektronik		Italien	5
China	1	Rohstoffe	
Energieerzeugung		Russland	8
Elfenbeinküste	7	Welt	1
Energiedistribution		Transport	
Europa	1	USA	1
Fahrzeuge		Wirtschaft und Politik	
USA	1	Europa	5
Finanzdienstleister		Iran	2
Tschechische Republik	3	Russland	3
Handel			
USA	8		